

**Projektland: Kuba****Quartal/Jahr: Oktober bis Dezember
2010****Schlagzeilen:**

- **Raúl Castro verteidigt Wirtschaftsreformen vor Nationalversammlung**
- **Kuba geht ans Glasfasernetz**
- **Letzter Todeskandidat begnadigt**
- **Sacharow-Preis für Guillermo Fariñas**

Raúl Castro verteidigt Wirtschaftsreformen vor Nationalversammlung

Kuba durchlebt derzeit eine schwere Wirtschaftskrise. Staatschef **Raúl Castro** muss die marode Wirtschaft der Insel nun dringendst reformieren, soll ein Staatsbankrott vermieden werden.

In vielen Lebensbereichen werden nach und nach staatliche Zuschüsse und Gratisleistungen abgeschafft werden. Ab dem 1. Januar 2011 wird der Konsum von Seife, Zahnpasta und anderen Hygieneartikeln nicht mehr subventioniert werden und sich damit wesentlich verteuern. Bereits zuvor wurde die Bezuschussung des Konsums von anderen Verbrauchsgütern wie Salz, Kartoffeln und Zigaretten eingestellt. Hohe Subventionen böten wenig Anreiz zu harter Arbeit und führten zu einer niedrigen Produktivität. Weiterhin bezuschusst wird u.a. der Konsum von Bohnen, Brot, Eiern, Fleisch und Reis.

Bis Ende März 2011 sollen 500.000 Stellen in unproduktiven Staatsbetrieben gestrichen werden. Betroffen sind vor allem Beschäftigte in den Bereichen Landwirtschaft, Bauwirtschaft und Tourismus. Aber auch im Gesundheitswesen, Aushängeschild des Karibikstaates, werden Stellen abgebaut.

Neue Jobs erhofft sich Kuba vom Ausbau des selbstständigen Unternehmertums (Arbeit auf eigene Rechnung). Die Regierung plant die Ausgabe von Lizenzen für 178 Berufsgruppen, insbesondere Handwerker und Einzelhändler. „Kleinbetriebe schaffen nicht nur Arbeitsplätze und ein größeres Angebot an Gütern und Dienstleistungen, sie sind außerdem flexibel und dank der hohen Qualifizierung der kubanischen Arbeitskräfte auch wettbewerbsfähig“, so der kubanische Reformökonom **Omar Everlery Pérez**.

Im Jahre 2015 sollen rund 50% der ca. fünf Millionen kubanischen Arbeitskräfte im privaten Sektor der Wirtschaft tätig sein. Ausländische Direktinvestitionen sollen erleichtert und die Pacht von Immobilien vereinfacht werden. Sogar die Abschaffung der Parallelwährung CUC (Peso Cubano Convertible) ist kein Tabuthema mehr.

Arbeitslose sollen maximal sechs Monate lang ein Überbrückungsgeld erhalten. Dieses beträgt im ersten Monat 100% des letzten Monatsgehalts und wird dann sukzessive abgesenkt. Sollte ein Arbeiter nach sechs Monaten immer noch keinen neuen Job gefunden haben, kann er einen „zeitlich begrenzten wirtschaftlichen Schutz“ beantragen. Dieser soll gemäß den Bedürfnissen und Einnahmen der betroffenen Familie berechnet werden.

Die neuen Selbstständigen sollen mindestens 35% ihres Einkommens an den Staat abführen (10% Einkommensteuer; 25% Beiträge zur Sozialversicherung). Wer Angestellte hat, muss mehr zahlen. Die Bevölkerung sei kostenlose medizinische Versorgung und Bildung gewohnt und viele hätten damit aufgehört zu fragen, woher das Geld eigentlich kommt, das der Staat dafür ausgibt. Damit müsse nun Schluss sein. Außerdem solle so die „Konzentration von Reichtum“ vermieden werden. Die Regierung werde keine Anhäufung von Kapital bei den neuen Selbstständigen zulassen.

Der China- und Vietnam-Bewunderer Raúl Castro verteidigte vor der kubanischen Nationalversammlung seine ökonomischen Reformen. „Entweder wir ändern uns, oder wir werden untergehen.“ Kuba müsse umgehend die Fehler von einem halben Jahrhundert Sozialismus korrigieren. „Wir tanzen schon zu lange am Abgrund“, sagte er den 610 Abgeordneten. Die Zukunft der Revolution stehe auf dem Spiel. Auch wenn die Neuerungen marktwirtschaftliche Züge trügen, dienten sie nicht dazu, den Sozialismus abzuschaffen, sondern dazu, ihn zu stärken. „Es gilt weiter das Primat der Planung und nicht des Marktes.“ Die Veränderungen seien notwendig, um die Produktivität und damit den Lebensstandard zu steigern. Er forderte seine Landsleute dazu auf, die Modifikationen anzunehmen. Die neue Politik sei das Ergebnis ausgiebiger Überlegungen und Analysen, sagte er in seiner zweistündigen Rede. Im neuen Kuba müssten die Menschen arbeiten und könnten sich nicht länger nur auf staatliche Almosen stützen. Es gehe darum, falsche Vorstellungen vom Sozialismus auszumerzen, die tief in der Bevölkerung verankert seien. Die Kritik, die Reformen seien lediglich kosmetischer Natur, wies er zurück. Die Reformvorschläge sollen nun im April 2011 auf dem 6. Parteitag der Kommunistischen Partei abgesegnet werden.

Staatschef Raúl Castro ist sich des Dilemmas, welches die Wirtschaftsreformen mit sich bringen, durchaus bewusst. Sollten die neuen Selbstständigen nämlich scheitern, werden sie wieder dem Staat zur Last fallen. Sollten sie aber Erfolg haben, wird eine Lobby von unternehmerisch denkenden Kleinkapitalisten entstehen, die den sozialistischen Staat in Frage stellen könnte.

Kuba geht ans Glasfasernetz

Bislang ist Kuba das einzige Land in der westlichen Welt, das noch nicht ans weltweite Glasfasernetz angeschlossen ist. Deshalb muss der Inselstaat für seine Kommunikation mit der Außenwelt auf langsamere und teurere Satellitenverbindungen zurückgreifen.

Dies soll sich nun ändern. Kuba wird mit Hilfe Venezuelas ans Rückgrat der weltweiten Telekommunikation angeschlossen werden. Im Februar 2011 soll mit der Verlegung eines Untersee Glasfaserkabels begonnen werden; Mitte 2011 soll die Verbindung hergestellt sein. Mit der Inbetriebnahme des Kabels könnten Auslandstelefonate und Internetverbindungen für die kubanische Bevölkerung günstiger werden.

Hugo Chávez zählt bekanntlich zu den eifrigsten Unterstützern Kubas. Sein Land hat den Vertrag über die Fertigung und Verlegung des Untersee Glasfaserkabels mit einem französischen Unternehmen abgeschlossen. Die Kosten des Projekts belaufen sich auf rund 50 Milli-

onen Euro. Die geplante Route verläuft von der venezolanischen Hafenstadt La Guaira nach Santiago de Cuba.

Letzter Todeskandidat begnadigt

Kubas letzter Todeskandidat entgeht einer Hinrichtung. Das Oberste Gericht Kubas verwandelte die gegen Humberto Eliado Real Suárez verhängte Todesstrafe in eine 30-jährige Gefängnisstrafe. Abgeschafft ist die Todesstrafe damit aber nicht.

Real, Mitglied einer Organisation von Exil-Kubanern in Florida, wurde 1994 festgenommen, nachdem er zusammen mit sechs weiteren Personen illegal eingereist war und einen Mann getötet hatte, um dessen Auto zu stehlen.

Der heute 40-jährige Real war der letzte Todeskandidat auf der Insel, nachdem vor kurzem die gegen zwei Salvadorianer verhängten Todesstrafen in Gefängnisstrafen umgewandelt worden waren. Sie waren in den neunziger Jahren für die Verübung von Terrorakten verurteilt worden.

Die Todesstrafe wurde in Kuba letztmals im Jahre 2003 angewandt. Damals wurden zwei Kubaner hingerichtet, die ein Boot entführt hatten, um in die USA zu fliehen.

Sacharow-Preis für Guillermo Fariñas

Der kubanische Dissident **Guillermo Fariñas** erhielt den Sacharow-Preis 2010. Für das Europäische Parlament, welches die Auszeichnung vergibt, ist Fariñas ein „echtes Symbol für den Kampf um Meinungsfreiheit und Demokratie“.

Hungerstreiks machten den Psychologen und Journalisten Fariñas über Kuba hinaus bekannt und ruinierten zugleich seine Gesundheit. Seit 1995 verweigerte er 23 Mal die Nahrungsaufnahme, um gegen Repression und für Meinungsfreiheit im kommunistisch regierten Kuba zu protestieren. Mehr als 11 Jahre seines Lebens verbrachte er in Haft. Im Juli 2010 beendete er nach 135 Tagen seinen jüngsten und zugleich längsten Hungerstreik, nachdem die katholische Kirche Kubas die Freilassung von 52 inhaftierten Regimekritikern bekanntgegeben hatte.

Der renommierte Sacharow-Preis wurde mithin schon zum dritten Mal nach Kuba vergeben. Im Jahre 2002 zeichnete das Europäische Parlament **Oswaldo Paya** aus, der per Unterschriftensammlung die Demokratisierung Kubas erreichen will; im Jahre 2005 wurden die „Damen in Weiß“ geehrt, eine Gruppe von Angehörigen politischer Gefangener.

Der mit 50.000 Euro dotierte und nach dem russischen Friedensnobelpreisträger Andrej Sacharow benannte Preis wird seit 1998 an Menschen und Organisationen verliehen, die sich besonders mutig für Menschenrechte und Demokratie einsetzen. Zu den bisherigen Preisträgern gehören u.a. Alexander Dubcek und Nelson Mandela.